

## **Kleine Anfrage 1170**

der Abgeordneten Iris Schülzke  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Investitionshilfen**

In der „Märkischen Oderzeitung“ vom 24.09.2015 unter dem Titel **„Wenig Hoffnung auf Investitionshilfen“** publiziert, werden der Stadt Frankfurt/Oder für das Haushaltsjahr 2015 finanzielle Mittel nach § 16 (1) Ziff. 3 Brandenburgischem Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) nicht in Aussicht gestellt. Vorausgegangen ist diesem Artikel die Antwort der Landesregierung (Drucksache 6/2106) auf die kleine Anfrage 747 des Abgeordneten Rene Wilke der Fraktion DIE LINKE. Gründe dafür sind den Veröffentlichungen nicht zu entnehmen. Pauschal wird darauf verwiesen andere Fördermöglichkeiten zu nutzen, zudem eröffnet das neue Kommunalinvestitionsförderungsgesetz zusätzliche Möglichkeiten zur Finanzierung kommunaler Investitionen. Entsprechend dem Gesetzestext stehen jährlich 50.000.000,00 € als Zuweisungen zum Ausgleich von besonderen Bedarfs zur Verfügung, darunter seit 2013 Mittel für die Durchführung von Investitionen notleidender Kommunen. Diese Erweiterung der Zweckbestimmung auf investive Zwecke machte sich vor dem Hintergrund der äußerst angespannten Finanzlage vieler Kommunen erforderlich. Diese finanzielle Notlage besteht in den meisten Kommunen nach wie vor bzw. hat sich zunehmend verschärft. An die Bewilligung der Bedarfszuweisung sind strenge Voraussetzungen geknüpft.

Die Bedarfszuweisungen stehen nicht außerhalb des kommunalen Finanzausgleichssystems sondern sind wohl Teil der Finanzausgleichsmasse. Daher steht das Volumen des Ausgleichsfonds in unmittelbarem Zusammenhang zu den allgemeinen Schlüsselzuweisungen und beeinflusst maßgeblich deren Höhe.

Auch die Stadt Schlieben und die Gemeinde Hohenbucko habe, wie viele andere Gemeinden im Land Brandenburg, für das aktuelle Haushaltsjahr aufgrund ihrer äußerst prekären Haushaltssituationen Anträge auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Durchführung notwendiger und unabweisbarer Investitionen beim Ministerium des Inneren mit einem Gesamtvolumen von 1.763.000,00 € gestellt. Hierbei handelt es sich um Abarbeitung eines überfälligen Reparaturstaus, der nun durch die bauliche Situation immer schneller aufwächst.

Die Antragstellungen erfolgten bereits im Februar bzw. Mai dieses Jahres. Aufgrund der Dringlichkeit der beantragten Maßnahmen in Zusammenhang mit der noch ausstehenden Entscheidung des Ministeriums besteht in den Kommunen

hohe Planungsunsicherheit. Die Inanspruchnahme bestehender und bekannter Förderprogramme erfolgt zweifelsohne vorrangig, dennoch kann selbst die Finanzierung des Eigenanteils in vielen Fällen nicht sichergestellt werden.

Hinsichtlich des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sei ferner darauf verwiesen, dass diese Mittel nicht zur freien Verfügung für kommunale Investitionen ausgereicht werden, sondern hier starke Einschränkungen bei der Mittelverwendung vorgegeben sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe liegen im Detail vor, dass die Mittel nicht ausgereicht werden?
2. Wann können die Kommunen mit verlässlichen Informationen zu Ihren Anträgen rechnen und wann liegen detaillierte Handlungsrichtlinien vor? (Bitte konkreten Zeitplan vorlegen!)
3. Bis zu welcher Leistungsphase könnten die Kommunen die Bauvorbereitung vorantreiben, ohne dass es für die Abwicklung der Haushalts – und Kassengeschäfte rechtliche Probleme gibt, da sich diese Gemeinden in der Haushaltssicherung befinden?
4. Inwieweit ist die Kommunalaufsicht der Landkreise eingebunden um den strukturschwachen Gemeinden beratend und helfend zur Seite zu stehen oder üben die Kommunalaufsichten nur eine Rechtsaufsicht aus?(Bitte ausführlich erläutern!)
5. Die aktuellen Informationen aus den Kommunen lauten, dass auf Grund eines Rundschreibens vom MIK die bestehenden Anträge zurückgezogen und erneut gestellt werden sollen. Entspricht dies den Tatsachen und welche Gründe liegen im Einzelnen dafür vor?
6. Welche Handlungshilfen gibt es in diesem Fall vom MIK für die Kommunalverwaltungen, um den Abgeordneten der Gemeinden diese Neubeantragungsvorgänge zu erläutern, denn im Vorfeld war zur Erstellung der Anträge umfangreicher Verwaltungsaufwand und nachfolgende Beschlussfassungen notwendig?(Bitte ausführlich darstellen!)
7. Welche Informationen gibt es an die antragstellenden Kommunen, ob die einzelnen Anträge erfolgreich sein können oder ob die Anträge chancenlos sind? (Bitte einzeln aufführen!)
8. Gibt es Handlungshinweise für die Kommunen, wenn die Anträge erneut gestellt werden müssen, wie die Sachverhalte in einfacher Weise in die neuen Anträge übertragen werden können und in welcher Form ein Check-up erfolgen kann, ob andere Fördermittel für die Kommune nutzbar wären?(Bitte genau erläutern!)